

# „Für unsere und eure Freiheit!“

## Polen, Deutsche und der Internationalismus

Das Jahr der Gedenktage geht einher mit sich überschlagender Hetze. Dem aufmerksamen Zeitgenossen wird nicht verborgen bleiben, daß es in Wahrheit nicht um die DDR, sondern um Ablenkung von den Folgen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise geht. Bedrückend ist es, wie die Massenmedien pausenlos Unrat ausschütten. So ist man froh, wenn es Gutes zu vermelden gibt.

Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora hat seine Kundgebung zum Tag der Befreiung in diesem Jahr dem Andenken an den Überfall auf Polen gewidmet.

Tiefen Eindruck hinterließ dort die Rede des polnischen Buchenwald-Häftlings Władysław Kozdon. Er betonte: „Ich will keine Zeit mit der Beschreibung meiner Erlebnisse verlieren und nicht die Grausamkeiten schildern, deren Zeuge ich wurde, sondern das hervorheben, was es mir erlaubte, auch weiterhin an die Existenz des Guten zu glauben.“

In der Hölle von Buchenwald begegnete ich so guten und edlen Menschen, wie ich sie später nie mehr im Leben traf, vielleicht deshalb, weil es im normalen Leben nicht nötig ist, solche Eigenschaften zu zeigen. Niemals vergesse ich Häftlinge wie Robert Siewert, Kurt Wabbel oder

Max Girndt. Ich erinnere mich auch an Helmut, der Sanitäter war und rote Haare hatte. Dank der Charaktereigenschaften dieser Menschen glaubte ich daran, daß die Quelle allen Übels der Nazismus war, daß die Bekämpfung des Nazismus alle Menschen auf der Welt besser machen würde.“

Es gibt also mindestens zwei äußerst gegensätzliche geschichtliche Seiten des Verhältnisses der Deutschen zur großen und stolzen polnischen Nation.

Da ist zunächst die Schuld, die Preußen-Deutsche durch rigorose „Germanisierung“ auf sich geladen haben und die schließlich mit der Ausrottungspolitik der Faschisten einen Berg der Schande aufgehäuft hat, der noch über Generationen mühevoll abzutragen ist. Dessen müssen sich auch jene bewußt sein, die erst nach dem Kriege geboren wurden und die demzufolge an keinem dieser Verbrechen beteiligt waren.

Jeder fünfte Pole hat den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt. Die polnische Nation hat, gemessen an ihrer Bevölkerungszahl, die meisten Toten zu beklagen. Fast 700 000 fielen als Soldaten im Kampf gegen Nazideutschland an den Fronten Europas und in Afrika. Die Briten vergessen nicht die heldenhaften polnischen Kampfflieger, die die Luftschlacht um England mit entschieden. Der einzige nicht-sowjetische Kampfverband beim Sturm auf Berlin war die Polnische Erste Armee. Über fünf Millionen Polen fielen dem Terror zum Opfer,

darunter drei Millionen Juden, über die Hälfte der Ermordeten der Shoa, des größten Verbrechens aller Zeiten. Das ist im Bewußtsein der Völker präsent und sehr wichtig. Aber wissen sie ebenso, was mit den nichtjüdischen Polen geschehen ist? Das Morden nahm seinen Ausgang nicht in Treblinka oder Maidanek. Es begann im Herbst 1939 in den Wäldern von Plaszowa. Über 12 000 Ermordete liegen dort in Massengräbern: Angehörige der Intelligenz, Bürgermeister, Juristen, katholische Priester und Lehrer Pommerellens.



Kinder in Auschwitz

Wem in Deutschland ist bewußt, was für ein schrecklicher Ort das „Siebte Fort“ in Poznań im Herbst und Winter 1939 war? Zunächst Stätte von Massenhinrichtungen durch Erschießen, haben die Faschisten hier in der zweiten Oktoberhälfte die erste Gaskammer errichtet. Dort wurden die Psychatriepatienten der Heilanstalt Owinska und anderer nordpolnischer Kliniken umgebracht. Die „Euthanasie“ in Deutschland 1940/41 folgte erst danach. Man sollte auch wissen: Die ersten Toten der Gaskammern von Auschwitz waren sowjetische Kriegsgefangene, und die angeblich so saubere Wehrmacht hat 1941/42 mehr als drei Millionen gefangener Sowjetsoldaten auf barbarische Weise verhungern lassen.

1967/68 habe ich im Landgericht in Essen als Assistent von Professor Kaul im KZ-Dora-Prozeß Auge in Auge mit dem Hauptangeklagten, SS-Obersturmbannführer Helmut Bischoff, gesessen. Dieser Massenmörder des KZ Dora-Mittelbau war im September 1939 Führer des Einsatzkommandos 1 der Einsatzgruppe IV im Raum Posen. Er hat befohlen, „verdächtige polnische Männer unverzüglich zu erschießen, unabhängig davon, ob sie Waffen tragen oder nicht“. Ein Militärtribunal hat Bischoff wegen seiner Verbrechen als Chef des SD und der Polizei in Magdeburg zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach dem Adenauer-Besuch in Moskau 1955 kam er als „Spätheimkehrer“ in die BRD zurück. Er brachte schließlich

im Dora-Prozeß ein medizinisches Gutachten bei, das ihm eine Herzschwäche attestierte.

Was nun folgte, gehört zu den prägenden Erlebnissen meines Lebens. Das Verfahren wurde mit folgender Begründung eingestellt: Die monatelange Beweisaufnahme, namentlich zu den Bischoff angelasteten Massenhängungen im KZ, habe erdrückende Fakten offengelegt. Bei ihrer Verdichtung in Plädoyers sei zu befürchten, der Angeklagte werde sich so heftig erregen, daß er in Todesgefahr käme. Da aber jeder bis zum Urteilspruch als Unschuldiger zu behandeln sei, müsse dies ausgeschlossen werden. Seitdem bedarf ich keiner Belehrung über den Rechtsstaat.

Wenden wir uns dem Guten zu: Die Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung kann nicht geschrieben werden, ohne herausragende Persönlichkeiten polnischer Herkunft zu würdigen. Rosa Luxemburg kam aus Zamość, Julian Marchlewski aus Włocławek, Leo Jogiches aus Vilnius, Karl Radek aus Lwów. Meine langjährige Chefin an der Parteihochschule „Karl Marx“, Hanna Wolf, stammte aus Gonionds bei Białystok.

Ich will nun drei Polen vorstellen, die ich im Herzen trage, weil sie meinen Blick auf die Vielschichtigkeit geschichtlicher und zeitgenössischer Realitäten geschärft haben.

Den Krakauer Juristen Wincenty Hein habe ich in Buchenwald in den 60er Jahren kennengelernt. Er war Häftling im Stammlager von Auschwitz, übrigens im selben Block wie der frühere polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz, und wurde dann über Buchenwald nach dem Lager Dora bei Nordhausen verbracht. Hier war er Schreiber im Häftlingskrankenbau. Er hat dort an der Seite des tschechischen Arztes Jan Čespiva und des deutschen Kommunisten Fritz Pröll in der von Albert Kuntz geführten internationalen Widerstandsorganisation gestanden. Er war kein Sozialist, sondern Offizier der Armija Krajowa – der durch die Londoner Exilregierung aufgestellten Landesarmee – und strenggläubiger Katholik. Beiläufig erwähnte er, der Erzbischof von Kraków gehöre zu seinem Bekanntenkreis. Das war Karol Wojtyła, der spätere Papst. Wincenty war ein aufrichtiger Mann. Rassenhaß, den man auch zu sozialistischen Zeiten in Polen manchmal spürte, war ihm fremd. Er habe mit ihnen im Widerstand gekämpft, und darum lasse er nichts auf sie kommen.

In Berlin kamen uns Angehörige der Kampfgruppen entgegen. Was das für Uniformierte seien, wollte er wissen. Ich erklärte, wann und wofür die Kampfgruppen entstanden seien, daß ihnen nicht nur Mit-

glieder der SED, sondern auch parteilose Arbeiter angehörten. Erst nachdenklich schweigend, sprach Wincenty darauf den gewichtigen Satz: „Wenn ihr euren Arbeitern Waffen in die Hand geben könnt, habt ihr Demokratie.“

Der zweite ist ein Genosse, den ich Anfang der 80er Jahre als meinen Kollegen an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der PVAP kennenlernte. Wir trafen uns beim Delegationsaustausch. Doch nur von der letzten dieser Reisen, im September 1989, will ich berichten: In Polen war die Konterrevolution in vollem Gange. Da hielt er es für seine Pflicht, uns Genossen der SED schonungslos mit dem tatsächlichen Zustand der PVAP zu konfrontieren. Es begann an der Spitze. Wir wurden von Leszek Miller, dem späteren Ministerpräsidenten Polens, empfangen und hatten den Eindruck, daß dieser zielstrebig dabei war, im sich rasch restaurierenden Kapitalismus „anzukommen“. Auch mit dem Vorsitzenden der sozialistischen Gewerkschaften Polens konnten wir sprechen und waren irritiert, als er uns kategorisch mitteilte, sie hätten sich von der PVAP verabschiedet, denn für Arbeiter sei da nichts mehr zu erwarten. Und so ging es weiter, durch die verschiedenen Ebenen der Partei bis zur Parteisekretärin eines Obstbaubetriebes nahe Olstyn. Diese alleinerziehende Mutter war, wie auch andere ihrer Genossen, voller Trauer um Volkspolen. Insgesamt bot sich ein schlimmes Panorama.

Ich habe damals meinen Kollegen unter vier Augen gefragt, was er selbst nun tun werde. Aus der PVAP austreten, sagte er, denn er habe mit Leuten wie Miller nichts gemein. Ich habe damals Bedenken geäußert und seine Haltung als etwas zu radikal empfunden. Aber er war im Recht, nicht ich. Er hat die Entwicklung, nicht nur in Polen, korrekt analysiert und die erforderlichen Schlüsse gezogen. Ich habe dazu einige Monate länger gebraucht. Den Zerfall der SED habe ich dann erlebt wie einen Film, den ich schon einmal gesehen hatte. Es wuchs das gleiche Gefühl kalter Verachtung Verrätern gegenüber.

Drittens will ich meinen Freund Bolek nennen, den ich seit Mitte der 90er Jahre kenne. Er war vor 1989 Parteisekretär von Novi Dwor Gdański im Weichseldelta und ist ein Kaschube. Sich an seiner Seite im Gebiet zwischen Weichsel und Nogat zu bewegen, ist etwas Besonderes, denn er weiß alles, kennt jeden, und wer mit ihm dort unterwegs ist, wird überall wie ein alter Freund empfangen. Da kann es vorkommen, daß der Kapitän eines stattlichen Ausflugsschiffs auf dem Frischen Haff nach Feierabend kurz entschlossen noch einmal „Leinen los!“ macht, nur um uns und unserem Enkel eine Freude zu bereiten.

Es ist etwas Besonderes, so empfangen zu werden. Denn wir haben auch schon erleben müssen, wie in einem schönen Ausflugslokal

an einem der masurischen Seen eine Deutsche sich umsah, und den draußen verharrenden Mitgliedern ihrer Reisegruppe laut zurief: „Könnt reinkommen. Hier ist alles sauber!“ Schlimmer noch: Wir entdeckten auf einem Friedhof einen zum Grabmal gestalteten Findling. Der Inschrift ist zu entnehmen, die Enkel eines vor langer Zeit in Nordrhein-Westfalen verstorbenen Mannes hatten seine Urne dorthin umgebettet, weil es sein Wunsch war, „in Heimerde“ zu ruhen. So weit, so gut. Aber unter dem



**Besiegelung der Oder-Neiße-Friedensgrenze  
(DDR-Postwertzeichen von 1951)**

Namen und den Lebensdaten ist noch ein Dienstgrad eingemeißelt, und da steht „Untersturmführer“.

Polen haben also gute Gründe, mißtrauisch zu sein. Was die „Deutsche Volksliste“ für die Kaschuben, Masuren und viele Polen Oberschlesiens bedeutete, weiß ich von Bolek. Zehntausende von „als Deutsche Brauchbaren“ wurden vor die „Wahl“ gestellt, entweder zu verhungern oder Soldaten der faschistischen Streitkräfte zu werden.

Unter Marxisten ist unumstritten: Es gilt, auszugehen von einer genauen Einschätzung der jeweiligen konkreten historischen und vor allem der ökonomischen Situation. Der entscheidende Punkt dabei ist die Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klassen, aller Werktätigen und Ausbeuteten aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen schlechthin, die sich im Kapitalismus letztlich immer als die Interessen der Herrschenden entpuppen. (vgl. LW 31/133) Hier ist die Grenze zu ziehen gegenüber bürgerlichem Nationalismus, jeglichem Rassismus und dem Opportunismus. Es ist aber leider nicht so, daß die objektiven Verhältnisse automatisch proletarisch-internationalistisches Bewußtsein, insbesondere nicht solches von Dauer, hervorbringen. Wer das noch nicht wußte, hat es seit zwanzig Jahren schmerzhaft lernen müssen.

Es bringt nichts, darüber zu lamentieren, daß wir heute nur wenige sind. Wir sind wenige. Bei Lenin soll man lernen: „Es kommt nicht auf die Schattierungen an, die es auch unter den Linken gibt. Es kommt auf

die Richtung an. Der ganze Kern der Sache ist, daß es nicht leicht ist, in der Epoche des furchtbaren imperialistischen Krieges wirklicher Internationalist zu sein. Solche Menschen gibt es nur wenige, aber nur sie sind die ganze Zukunft des Sozialismus, nur sie sind Führer der Massen und nicht Verführer der Massen.“ (LW 24/65)

Fragen wir nach dem Beitrag Polens bei der Herausbildung unserer Weltanschauung. Wir haben gelernt, daß die deutsche klassische Philosophie, die englische Politische Ökonomie und der utopische Sozialismus jene Quellen sind, ohne die der Marxismus nicht hätte entstehen können. Aber wo finden wir die geschichtlichen Wurzeln des Internationalismus? Sie liegen wesentlich in Polen. Es begann mit der Losung „Za nasza i wasza wolnosz“ (Für unsere und eure Freiheit) auf einer Fahne, die auf der Gedenkkundgebung für die russischen Dekabristen 1831 in Warschau erstmals gehißt wurde. Wahrscheinlich war es das Mitglied der polnischen Nationalregierung, Joachim Lelewel, der diese Losung formulierte und dessen Name mit Fug und Recht neben Fourier, Hegel oder Ricardo genannt zu werden verdient.

Aber, so wird mancher einwenden, das war doch damals keine proletarische Bewegung. Das ist richtig. Doch auch die anderen Quellen des Marxismus können

schwerlich proletarisch genannt werden, wenn wir einmal von embryonalen Spuren im utopischen Sozialismus absehen. In anderthalb Jahrzehnten änderte sich jedoch der klassenmäßige Kontext des polnischen Freiheitskampfes, und der Krakauer Aufstand von 1846 markierte einen Umbruch, den Marx und Engels sehr aufmerksam registrierten. Beachten wir, daß Karl Marx am 15. November 1847 in Brüssel zum Vizepräsidenten der „Demokratischen Gesellschaft zur Einigung und Verbrüderung aller Völker“ gewählt wurde, Lelewel ebenfalls dem Vorstand angehörte und häufig Gast im Hause Marx war, so wird der Zusammenhang plastisch.

Friedrich Engels hat den Beitrag Polens gerühmt: „... dank des Krakauer Aufstandes ist die ursprünglich nationale Sache Polens zur Sache aller Völker geworden, ist die ursprüngliche Frage der Sympathie zu einer Frage geworden, die alle Demokraten interessiert. Bis 1846 hatten wir ein Verbrechen zu rächen; von nun an haben wir Bundesgenossen zu unterstützen, und wir werden danach handeln.“ (MEW, 4/524) Auf dem Denkmal für die Kämpfer der Polnischen Ersten Armee im Berliner Friedrichshain steht in beiden Sprachen: „Für unsere und eure Freiheit!“ Es wurde von der DDR errichtet. Wir werden dieses Vermächtnis niemals den Feinden überlassen!

**Prof. Dr. Götz Dieckmann**

*(Gekürzte Fassung eines Vortrags in Frankfurt/O. am 30. August)*

# Das Prager-Haus

## Wie man in Apolda an jene erinnert, welche der Faschismus zu „Untermenschen“ erklärte

Apolda ist eine kleine bis mittlere thüringische Industriestadt. Von alters her war sie durch die Glockengießerei und vor allem durch einen großen Obertrikotagen-Betrieb bekannt, der zu DDR-Zeiten annähernd 3000 Frauen Arbeit und damit soziale Sicherheit für ihre Familien gab. Die Glockenherstellung wurde 1988 eingestellt, als sich die DDR-Plankommission nicht mehr in der Lage sah, das für den Guß benötigte und inzwischen verteuerte Buntmetall auf dem Weltmarkt einzukaufen. Die wenigen dort Tätigen wurden in Metallbetrieben der Stadt analog weiterbeschäftigt.

Ganz anders verhielt es sich mit den 3000 Frauen. Ihr großes volkseigenes Kombinat wurde nach dem Anschluß der DDR an die BRD „abgewickelt“, die hoch-effizienten Strickautomaten auf technologischem Welt-niveau von der „Treuhand“ nach Italien verscherbelt, wo mit ihnen weiter produziert wird. Von den Frauen arbeitet heute noch ein Zehntel in übrig-gebliebenen kleinen Privatunternehmen, und von dem großen „Rest“ ging etwa ein Drittel in Rente, ein Drittel mußte sich nach anderer Beschäftigung umsehen oder die Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Und das jüngste Drittel emigrierte aus dem Anschlußgebiet Ost in den Westen des Landes. Auch andere Betriebe der verarbeitenden Industrie wurden niederkonkurriert und in Industriebrachen verwandelt. Auf einer von ihnen ist jetzt gerade ein Altersheim errichtet worden, das für die absehbare Bevölkerungsentwicklung Ost genau die richtige Investition darstellt. Außerdem haben sich einige neue Betriebe angesiedelt, die mit wenigen Beschäftigten solche exportfähigen Erzeugnisse wie Spezialpumpen, Pizzen und die begehrten Apoldaer „Filinchen“ herstellen.

Aufgrund dieser sozialen Notlage mit einer hohen Zahl von prekär Beschäftigten und Harz-IV-Empfängern hat sich trotz sozialer und kultureller Bemühungen seit Jahren ein dumpfes Gebräu von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und nazi-nostalgischer Demokratieverdrossenheit herausgebildet. Zwar gibt es keine intakte NPD-Struktur, aber lose „Kameradschaften“ im Umfeld arbeits- oder anders perspektivloser Jugendlicher machen sich in der Stadt bemerkbar, pöbeln vietnamesische Kleinhändler an, schlagen auf Andersdenkende ein und versuchen eine

aggressive Stimmung der Ausgrenzung zu erzeugen.

In dieser Gemengelage versucht seit zwei Jahren ein kleiner Verein mit politischer und historischer Aufklärung gegenzusteu-



Einweihung des Prager-Hauses

ern: der Prager-Haus e. V. Apolda. Er hat sich zum Ziel gesetzt, das ehemalige Wohn- und Geschäftshaus eines kleinen jüdischen Fellohndlers zu erhalten und zu einem Ort der Erinnerung, Begegnung und Forschung auszubauen. Dafür kamen verschiedene Motive und Voraussetzungen zusammen. Sie resultieren aus der politischen und sozialen Geschichte dieser Stadt:

In Apolda hatte sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine wachsende Gewerkschaftsbewegung und eine zunehmende Politisierung der Arbeiterschaft in der SPD August Bebel's entwickelt. Die Sozialdemokraten bekamen bei den Reichstags- und Landtagswahlen so viel Stimmen, daß auch aus dieser Stadt Abgeordnete in die Vertretungskörperschaften entsandt wurden – eine Entwicklung, die ähnlich in anderen Industriestädten Thüringens verlief. Das führte nach der Novemberrevolution und der Abdankung des letzten Weimarer Großherzogs zur Bildung eines Parlaments und einer Landesregierung, die wesentlich von SPD- und USPD-Kräften bestimmt wurden. Im Krisenjahr 1923 war in Weimar sogar für einige Wochen eine thüringische SPD-Landesregierung unter Tolerierung durch die KPD am Ruder. Als dann auch noch zwei kommunistische Abgeordnete in den Regierungsapparat aufgenommen wurden (ähnlich wie in Sachsen), machte dem die Berliner Zentrumsregierung ein Ende, indem sie Reichswehrtruppen aufmarschieren ließ. Bei den nächsten Wahlen büßten die Linken Stimmen ein, und ein konservativ-völkischer Block wurde von dem neu gemischten

Landtag in die Regierungsverantwortung berufen. Eine der ersten Handlungen dieser Regierung war die Wiederzulassung der nach dem Münchner Putsch verbotenen NSDAP und des Rederechts für Hitler.

Seither war in Apolda zu beobachten, wie zwar die SPD ihre Anhänger etwa halten konnte, aber die traditionell konservativen Parteien immer mehr Wählerstimmen an die Nazi-Partei verloren. Ein konservativer Stadtrat unter zunehmender Beteiligung von Nazi-Aktivisten regierte seither die Stadt. Bei einem Landtagswahlgang im Jahr 1932 (!) erhielten die Hitler-Anhänger sogar 50 Prozent der Wählerstimmen gegenüber 39 Prozent für die Arbeiterparteien – der Rest fiel auf die zusammengeschmolzene bürgerliche „Mitte“. Kein Wunder, daß auch der „Führer“ in Apolda seinen Auftritt bei einer

Großkundgebung bekam.

Warum erzähle ich das alles so ausführlich? Auch in Apolda gerieten – wie anderswo – die sozialistischen Organisationen und ihnen nahestehenden Vereinigungen in die Defensive. Nicht zuletzt befördert durch die Grabenkämpfe zwischen SPD und KPD konnte sich ein faschistisches Milieu etablieren, das sich nach dem 30. Januar 1933 auch einen Teil der Arbeiterschaft durch Errichtung von Wohnungsneubauten sowie die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in neu gegründeten Rüstungsbetrieben „kaufte“. In Apolda gab es allein fünf! Hauptsächlich aber waren es die antisemitische Agitation und der Terror gegen jüdische Warenhäuser, die ihnen einen Zulauf von kleinen Händlern, Gewerbetreibenden, Kaufleuten und Beamten von Schule, Kirche, Polizei und Gericht brachte. Unter deren aktiver Mitwirkung oder schweigender Duldung konnte das NS-Regime zwischen 1933 und 1944 aus Apolda 114 Juden vertreiben: 37 von ihnen wurden deportiert und in den Vernichtungslagern ermordet; 43 emigrierten in verschiedene Erdteile; 34 kehrten nach dem Krieg, zumindest für kurze Zeit, in die Stadt zurück.

Unter diesen waren auch „Halbjuden“, welche die Faschisten in Zwangsarbeitslagern gefangengehalten hatten, und andere, die sich mit Hilfe nichtjüdischer Freunde verstecken konnten. Aber die meisten von diesen hatten einen großen Teil ihrer Familie in der Shoa verloren oder sahen als Geschäftsleute in der Sowjetischen Besatzungszone keine Perspektive für sich.

Zurück zur Entstehung unseres Vereins. Zur Ausgangslage seiner Arbeit gehörten nicht nur die oben beschriebenen Vorgänge während der Nazi-Diktatur, sondern auch die Zeit, die danach kam. Sie war bekanntlich von der Gestaltung einer völlig neuen gesellschaftlichen Ordnung bestimmt, die sich aus antifaschistisch-demokratischen Anfängen bis zum sehr früh und vielleicht überstürzt begonnenen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft weiterentwickelte.

Der antifaschistische Beginn 1945 äußerte sich allein im Stadtbild durch die Benennung von drei Straßen nach ermordeten Widerstandskämpfern aus der Arbeiterschaft Apolda. Aber auch der bürgerlich-jüdische Reichsminister Walther Rathenau und der evangelische Pastor Martin Niemöller wurden ebenso berücksichtigt wie das katholische Geschwisterpaar Sophie und Hans Scholl, nach dem eine Schule benannt wurde. Etwas später, und zwar 1959, wurde auch dem jüdischen Kaufmann Bernhard Prager der Name jener Gasse gewidmet, in der sein Haus stand und steht. Dessen frühere Bewohner fielen dem Rassenmord der Nazis zum Opfer.

Auch in den Kirchen hatte sich zaghaft ein Umdenken in bezug auf die eigene Geschichte und die veränderte Gesellschaft angebahnt, in der die Christen nun ihren Platz suchten. In der Landgemeinde Kapellendorf war schon in den 70er Jahren ein Kontakt mit der Jüdischen Landsgemeinde Thüringen hergestellt worden. Kirchlich gebundene Schüler und Jugendliche besuchten jährlich die Synagoge, ein Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde lag im Ev. Gemeindezentrum aus, und in der Gemeinde- und Bildungsarbeit kamen die Themen Judentum und Judenverfolgung auf die Tagesordnung. Mitte der 80er Jahre habe ich als politisch aufgeschlossener und gesellschaftlich tätiger Pfarrer begonnen, mich für die Geschichte der jüdischen Mitbürger meiner Kreisstadt zu interessieren und nach ihren Spuren zu forschen. Das führte 1987 zur Bildung einer Gruppe innerhalb des Kulturbundes und ein Jahr später zur Anbringung einer Gedenktafel am Pragerschen Haus.

Das Eigentum der Pragers war von den Nazis „arisiert“ worden, d. h., es war ihnen weggenommen worden bis auf wenige Gegenstände, die befreundete Menschen kurz vor der Deportation der Familie an sich nahmen und versteckten. Auf solche Stücke wie einen Chanukka-Leuchter oder die Weltkriegs-Auszeichnungen Pragers bin ich dabei gestoßen. Sie wurden mir von interessierten Einwohnern der Stadt zu treuen Händen übergeben. Es sollten aber noch zwei Jahrzehnte vergehen, ehe an ihre öffentliche Präsentation und schließliche Unterbringung in einem kleinen noch einzurichtenden Dokumentationszentrum überhaupt zu denken war.

Aus dem Pragerschen Besitz war also vor allem ihr bescheidenes, 1925 erbautes Wohn- und Geschäftshaus übriggeblieben. Da von den Nazi-Behörden in den Reichsfiskus



überführt, wurde es 1945 Volkseigentum und dem städtischen Wohnungsamt für die vielen unterbringungsbedürftigen Umsiedler, Flüchtlinge und Kriegsheimkehrer übertragen. Als sich die Wohnverhältnisse in der DDR allmählich besserten, lebte nur noch ein älteres Ehepaar in dem Haus, bis es dieses Mitte der 90er Jahre verließ. Das Gebäude war nach dem Anschluß 1990 in den Besitz des Bundes übergegangen. Und der schrieb es damals zum Verkauf aus. Das war für mich, der ich immer noch an dem jüdischen Thema arbeitete, ein Alarmsignal. In einer Geschichtswerkstatt Weimar-Apolda zu Themen der Verfolgung und des Widerstandes publizierte ich u. a. meine Arbeiten. Zusammen mit Freunden riefen wir zur Gründung eines Vereins zur Rettung des Prager-Hauses auf.

Am 26. Januar 2007, dem Vorabend des offiziellen Holocaust-Gedenktages, gründete sich im Stadthaus von Apolda bei Anwesenheit eines gerade neugewählten parteilosen Bürgermeisters ein Verein.

40 Teilnehmer erklärten dort ihren Beitritt. Eine Unternehmerin aus dem Nachbarstädtchen Bad Sulza, die ebenfalls Mitglied wurde, erklärte spontan ihre Bereitschaft, 5000 Euro zu spenden und weitere 5000 Euro zu leihen, um die von der Bundesimmobilienverwaltung Erfurt angegebene Kaufsumme für das Haus bezahlen zu können. Allerdings hat es mehr als zwei Jahre gedauert, bis der Verein als Eigentümer eingetragen werden konnte. Zur Hälfte lagen auf dem Gebäude Eigentumsansprüche einer spanischen Stiftung, der es von einer emigrierten Schwester Gertrud Pragers übertragen worden war. Aber nun ist es an uns, den 40 Mitgliedern und weiteren Interessierten, den Ausbau und die Gestaltung des Hauses voranzubringen. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung vieler, die sich unser Anliegen zu eigen machen.

Schon Jahre bevor das Prager-Haus als Gedenk- und Lernort fertiggestellt sein wird, haben die Vereinsmitglieder eine breitgefächerte Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Autoren der Geschichtswerkstatt, die sich inzwischen in den Verein integriert hat, veröffentlichen seit Jahren

Bücher über NS-Verfolgung und Widerstand in der Schriftenreihe „gesucht“. Seit dem vergangenen Jahr gibt der Verein überdies Schriften unter dem Motto „gefunden“ heraus, in der über jüdische Familien, Lebensgeschichten von Arbeiterwiderständlern und Spuren von Verfolgung und mutigem Aufbegehren geschrieben wird. Bei städtischen Aktionen eines Bürgerbündnisses gegen rechts ist der Prager-Haus-Verein mit einem Infostand und selbst hergestellten Souvenirs präsent. Seit 2008 beteiligt er sich an der Aktion „Stolpersteine“, bei der vor den Wohnhäusern ermordeter Bürger Zeichen der Erinnerung gelegt werden. Dazu gehören nicht nur die vielen Opfer jüdischer Herkunft, sondern auch Kommunisten, Sozialdemokraten, Wehrmachtsdeserteure und Zwangsarbeiter, die von den Faschisten umgebracht worden waren. Seit diesem Jahr liegen in Apolda bereits 22 solcher Stolpersteine vor Wohnhäusern bzw. vor dem Todesort von NS-Opfern.

Als im August die Enkelin eines deportierten Kaufmanns aus London mit ihrem Ehemann zur Verlegung der Gedenksteine für ihre Großeltern eingeladen war, konnte auch ein Zeitzeugengespräch mit Schülern des Gymnasiums vermittelt werden. Die dauerhafte Verbindung zu den Schulen der Stadt liegt uns besonders am Herzen. Dabei hilft uns spürbar die Tatsache, daß die Direktorin des Gymnasiums und zwei weitere Lehrer zu unseren Mitgliedern gehören. Schon mehrmals sind die Autoren der Geschichtswerkstatt bei Projekttagen an den Schulen eingeladen worden und haben Schülern regionales und lokales Wissen zu einschlägigen Themen vermittelt. Dadurch wurden auch einige Schüler angeregt, Mitglied bei uns zu werden. Seit einiger Zeit präsentiert sich der Verein mit einer eigenen Internetseite sowie mit einem Auftritt unter dem Label „Vereins-Wiki“, einem Ableger des Internet-Lexikons Wikipedia. Dort werden alle nennenswerten Daten präsentiert, die Gegenstand unserer Arbeit sind.

Der Prager-Haus-Verein von Apolda arbeitet mit der VVN und anderen antifaschistischen Gruppen zusammen. Er versteht sich als überparteilich. Weil uns die Aufklärung über die Verbrechen des deutschen Faschismus ein wichtiges Anliegen ist, kann jeder mitarbeiten, der sich für eine humanistische Gesellschaft einsetzt, die niemanden aus ihrer Mitte ausschließt – außer denen, die sich als Feinde von Humanität und Toleranz zu erkennen geben. Wir freuen uns daher, wenn Parteilose, Atheisten wie Kirchenmitglieder, aber auch Aktive aus den in der Region vertretenen Parteien als Paten der Stolpersteine auftreten. Durch die Beteiligung und das Engagement vieler einzelner wächst graswurzelartig ein breites bürgerschaftliches Engagement gegen Nazi-Umtriebe und für eine lebenswerte Gesellschaft.

**Peter Franz**

*Unser Autor ist luth.-ev. Theologe.*